

## Lösungen

Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement  
6365

### Kundenbeziehungsprozesse

1.1	ungebunden	5.3	[6140;2600] an 4407
1.2	4	5.4	2409 an [5100;4800]
1.3	ungebunden	5.5	ungebunden
1.4	2;5;1;4;3	5.6	[2800;5101;4800] an 2409
1.5	2	5.7	ungebunden
1.6	ungebunden	5.8	ungebunden
1.7	ungebunden	5.9	4800 an 2800
1.8	ungebunden	5.10	ungebunden
1.9	ungebunden		
1.10	5		
1.11	ungebunden		
2.1	5		
2.2	3		
2.3	ungebunden		
2.4	15.01.2021		
2.5	[2;4]		
2.6	ungebunden		
3.1	[1;6]		
3.2	ungebunden		
3.3	ungebunden		
3.4	ungebunden		
3.5	ungebunden		
3.6	ungebunden		
3.7	4		
3.8	45		
3.9	2		
3.10	4		
3.11	1		
3.12	[5;6]		
4.1	ungebunden		
4.2	ungebunden		
4.3	ungebunden		
4.4	1		
5.1	[6870;2600] an 4499		
5.2	[6800;2600] an 2880		

### Wirtschafts- und Sozialkunde

1.	2
2.	5
3.	4
4.	[1;4]
5.	5
6.	3
7.	3
8.	4
9.	2
10.	720.000,00
11.	4
12.	3
13.	5
14.	1;3;2
15.	3;2;4;1
16.	1;2;2;2;1
17.	1
18.	5
19.	3
20.	5
21.	10
22.	4
23.	5
24.	3
25.	19:30
26.	1
27.	4
28.	4
29.	5
30.	4

**21 ungebundene Teilaufgaben 100 Punkte, \*)**

**22 gebundene Aufgaben 50 Punkte, \*)**

je Teilaufgabe 2,2727 Punkte

**Teilbewertung:**

Aufgabe 1.4, 2.5, 3.1 und 3.12

**Globalbewertung:**

die übrigen Aufgaben

**Insgesamt 100 Punkte,**

je Aufgabe 3,3333 Punkte

**Teilbewertung:**

4., 14. und 15. Aufgabe

**Globalbewertung:**

die übrigen Aufgaben

**Hinweis:** Die Kennziffern in den Klammern [ ] sind untereinander beliebig austauschbar.

\*) Die erreichte Punktzahl wird durch den Faktor 1,5 dividiert und so in den 100-Punkte-Schlüssel umgerechnet. Dieser Punktwert geht in die weitere Berechnung des Gesamtergebnisses der Abschlussprüfung ein.



Hartmut Hug · Sabine Knauer

# Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement

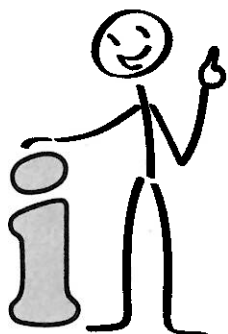
Kundenbeziehungsprozesse  
Wirtschafts- und Sozialkunde

## Lösungserläuterungen

Sommer 2021

Best.-Nr. 573121





### **ACHTUNG!**

Die hier abgedruckten Lösungen wurden auf Grundlage der **zum Zeitpunkt der Prüfung** gültigen Gesetze und Sachverhalte erstellt. Eine nachträgliche Aktualisierung erfolgt nicht.

Sollte es jedoch inhaltliche Korrekturen geben, können Sie diese herunterladen unter

**[www.u-form.de/addons/573121.pdf](http://www.u-form.de/addons/573121.pdf)**

Ist diese Seite nicht verfügbar, so sind keine Korrekturen eingestellt.

## 1. Aufgabe

### 1.1

Kunde	Ablauf der Verjährungsfrist	Begründung
Junges Wohnen GmbH	31.12.2024	§ 195 BGB: <b>Regelmäßige Verjährungsfrist von 3 Jahren</b> , da Rechtsgeschäft zwischen Kaufleuten zugrunde liegt. § 199 I BGB: <b>Fristbeginn mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist.</b>
Fischer e. Kfr.	31.12.2024	Begründung wie oben.
Bleibtreu GmbH	20.04.2024	§ 195 BGB: <b>Regelmäßige Verjährungsfrist von 3 Jahren</b> , da Rechtsgeschäft zwischen Kaufleuten zugrunde liegt. § 212 I BGB: <b>Die Verjährung beginnt erneut, wenn ...</b> der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den <b>Anspruch durch Abschlagszahlung ... anerkennt.</b> Wirkung des Neubeginns: <b>Die bereits abgelaufene Verjährungsfrist wird vom Zeitpunkt des Neubeginns der Verjährung an nicht beachtet.</b> Teilzahlung erfolgte am 20.04.2021. Folge: Neubeginn der 3-jährigen Verjährungsfrist. Ablauf der Verjährungsfrist somit am 20.04.2024

### 1.2

Richtig ist Aussage 4.

Der Anspruch kann nach Ablauf der Verjährungsfrist **nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden.**

Zu 1. Falsch. Siehe Erklärung zur Aussage 4.

Zu 2. Falsch. Die Verjährung **bedeutet nicht**, dass der Anspruch nach vollendeter Verjährung **erloschen** ist. Der Schuldner kann sich lediglich – nach freiem Ermessen – auf die vollendete Verjährung berufen und die Leistung verweigern. Er hat also das Recht zur „**Einrede der Verjährung**“. Erfüllt der Schuldner allerdings einen bereits verjährten Anspruch, so kann er die Leistung **nicht mehr erfolgreich zurückfordern.**

Zu 3. Falsch. Ein Forderungsausfall verkürzt die Liquidität.

Zu 5. Falsch. Siehe Begründung zu Nr. 2.

### 1.3

**Hemmung** § 209 BGB: Der Zeitraum, während dessen die Verjährung gehemmt ist, wird **in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet**. Die Hemmung bewirkt daher, dass der Ablauf der Verjährung **für eine bestimmte Zeit aufgehalten** wird. Nach Beendigung der Hemmung **läuft die Verjährungsfrist weiter.**

**Neubeginn** § 212 BGB: Die Verjährungsfrist beginnt **vom Zeitpunkt des Neubeginns** der Verjährung an **in voller Länge erneut** zu laufen. Der Neubeginn bewirkt daher, dass die **bereits abgelaufene Verjährungsfrist** vom Zeitpunkt des Neubeginns der Verjährung an **nicht beachtet** wird.

### 1.4

Die richtige Reihenfolge lautet: 2 – 5 – 1 – 4 – 3

**1.5****Richtig ist Aussage 2.**

Ab 11.03.2021 können Verzugszinsen berechnet werden.

Laut Aufgabenstellung war die Zahlung fällig am 10.03.2021. Es wird unterstellt, dass der Fälligkeitstermin kalendermäßig genau bestimmt war und der Zahlungsverzug somit unmittelbar nach Überschreiten des Zahlungstermins eintritt.

Die Rechte des Gläubigers ohne Fristsetzung:

1. Weiterhin auf Zahlung bestehen.
2. Schadensersatz wegen Verzögerung der Zahlung

249 I BGB: Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Zustand nicht eingetreten wäre. Das heißt, der Verkäufer ist berechtigt, vom Käufer einen angemessenen Ersatz **aller** durch den Zahlungsverzug bedingten Verzugsschäden zu verlangen. Dazu gehören auch die Verzugszinsen.

Alle anderen Aussagen sind falsch.

**1.6**

Unter Kaufleuten beträgt die Höhe der gesetzlichen Verzugszinsen = 9 % über dem Basiszinssatz.

$$9 \% - 0,88 \% = 8,12 \%$$

Es können also **8,12 %** gesetzliche Verzugszinsen geltend gemacht werden.

**1.7**

Kunde	Vorschlag für weiteres Vorgehen
Junges Wohnen GmbH	Da es sich um einen umsatzmäßig unbedeutenden Kunden handelt, der Fälligkeitstermin rund 3 Wochen zurückliegt und erst eine Mahnung erstellt wurde, sollte zunächst versucht werden, auf dem Weg des außergerichtlichen Mahnverfahrens – also über eine weitere, dringlicher formulierte Mahnung – zum Ziel zu kommen.
Fischer e. Kfr.	Da bereits die 3. Mahnung nicht beachtet wurde, sind wirksamere Maßnahmen zum Schutz der eigenen Liquidität geboten. Vorschlag: Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens.
Bleibtreu GmbH	Eine 50 %-ige Teilzahlung und damit die Anerkennung der Schuld ist bereits erfolgt. Da es sich um einen langjährigen Kunden handelt, ist behutsames Vorgehen ratsam. Vorschlag: Höfliches Erinnerungsschreiben und Frage nach Ursache des Zahlungsverzugs. Bisher nicht gewohnt. Angebot: Restzahlung in 2 Raten.

**1.8**

Maßnahmen zur Verringerung des Forderungsausfalls bei Neukunden:

**1. Bonitätsprüfung**

Dabei wird geprüft, ob der Kunde wirtschaftlich in der Lage ist, seine Verpflichtungen ordnungsgemäß zu erfüllen. Die Prüfung umfasst dabei

- die Beurteilung der Ertragslage des Kunden, seiner Vermögenswerte
- die wirtschaftlichen Risiken des Kunden (Abhängigkeiten vom Export/Import, Konkurrenzsituation usw.)
- Rechtsform des Unternehmens, Haftungs- und Vertretungsverhältnisse

**2. Bankauskunft**

Die Bank ist berechtigt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf deren geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Angaben über Kontostände und Höhe der Kreditinanspruchnahme werden nicht gemacht.

**3. Eigentumsvorbehalt**

Dabei wird der Käufer mit der Übergabe der Kaufsache zunächst nur unmittelbarer Besitzer, nicht aber Eigentümer. Der Verkäufer bleibt Eigentümer bis zur vollständigen Bezahlung der Kaufsache.

**4. Vorauskasse****5. Bürgschaft**

Dabei übernimmt der Bürge die Verpflichtung, für die Erfüllung der Schuld aufzukommen, wenn der Schuldner nicht leisten kann.

**1.9**

Aussagen	Ebenen des 4-Ohren-Modells
Wir sind verärgert!	Selbstoffenbarung (Selbstkundgabe). Der Sender der Nachricht gibt etwas von sich preis. Er teilt dem Empfänger mit, wie er sich fühlt.
Wir haben einen Mahnbescheid erhalten!	Sachinhalt (Sachebene). Der Sender teilt eine sachliche Information mit.
Bitte stoppen Sie das Mahnverfahren!	Appellfunktion (Appellebene). Der Sender appelliert mit seiner Äußerung an den Empfänger, etwas zu tun. Er möchte etwas mit seiner Äußerung bewirken.
Wir wollten langfristig mit Ihnen zusammenarbeiten und Sie behandeln uns schlecht!	Beziehungsebene (Beziehungshinweis). Es wird etwas über die Beziehung zu dem Empfänger mitgeteilt (Tonfall, Mimik, Gestik, Körperhaltung) können die Botschaft noch verdeutlichen.

**1.10****Richtig ist Aussage 5.**

Das in Aussage 5 benannte Verhalten ist nicht ratsam, um zu einer effektiven Lösung zu gelangen. Schuldzuweisungen in einem Gespräch führen zu einer Verhärtung der Fronten und zu Konfliktverhalten.

Die Aussagen 1., 2., 3. und 4. sind geeignet, zu einer erfolgreichen Lösung zu kommen.

## 1.11

Beispiele für eine mögliche Antwort:

Es tut uns leid, dass Sie so verärgert sind. Das liegt nicht in unserer Absicht. Auch wir sind an einer langfristigen Geschäftsbeziehung mit Ihnen interessiert. Wir sind aber auch auf pünktlichen Eingang unserer Forderungen angewiesen.

Wir sind sehr verwundert, dass Sie auf unsere drei Mahnungen nicht geantwortet haben. Die letzte Mahnung haben wir Ihnen am 22. April d. J. zugeschickt. Wie Sie sich denken können, sind auch wir darauf angewiesen, dass unsere Kunden pünktlich zahlen.

Wann können wir den Eingang des Rechnungsbetrags erwarten? Welche Gründe liegen vor, dass wir bisher nichts von Ihnen gehört haben?

## 2. Aufgabe

### 2.1

**Richtig ist Aussage 5.**

Das Angebot der Jana Loft KG vom 11.01.2021 ist ein verbindlicher Antrag zu einem Kaufvertrag.

- Zu 1. Falsch. Die fehlenden Freizeichnungsklauseln machen das Angebot nicht unverbindlich – genau im Gegenteil.
- Zu 2. Falsch. Ein Angebot ist eine Willenserklärung mit rechtlicher Bedeutung: Es ist der verbindliche Antrag zu einem Kaufvertrag. Bei zwei inhaltlich übereinstimmenden Willenserklärungen (von Verkäufer und Käufer) kommt der Kaufvertrag zustande.
- Zu 3. Falsch. Es liegen keine zwei inhaltlich übereinstimmenden Willenserklärungen vor. Das Angebot lautet über einen Sonderrabatt von 5 %, die Bestellung weist eine Änderung mit einem Sonderrabatt von 10 % auf. Bei der Bestellung handelt es sich um die Ablehnung des Antrags vom 11.01.2021 verbunden mit einem neuen Antrag.
- Zu 4. Falsch. Siehe zu 3. Es liegen keine zwei inhaltlich übereinstimmende Willenserklärungen vor.

### 2.2

**Richtig ist Aussage 3.**

Die Bestellung der Gertrud Brandt ist die Ablehnung des Antrags vom 11.01.2021 verbunden mit einem neuen Antrag. Siehe Erläuterung zu 2.1, Punkt 3.

- Zu 1. Falsch. Die Bestellung hat die rechtliche Bedeutung eines neuen Antrags zu einem Kaufvertrag.
- Zu 2. Falsch. Es muss heißen: Ein Antrag zu einem neuen Kaufvertrag.
- Zu 4. Falsch. Die Bestellung enthält eine Änderung über die Höhe des Sonderrabatts. Damit wird das Angebot nicht unverändert angenommen. Ein Kaufvertrag kommt nicht zustande, da die beiden Willenserklärungen inhaltlich nicht übereinstimmen.
- Zu 5. Falsch. Siehe zu 3.

### 2.3

Mit Freizeichnungsklauseln kann der Anbieter die Bindung an das Angebot ausdrücklich ganz ausschließen oder einschränken.

Beispiele:  
ohne Obligo  
unverbindlich  
solange Vorrat reicht  
Preise freibleibend  
freibleibend  
u. Ä.

## 2.4

15.01.2021

Am 15.01.2021 wurde der Kaufvertrag telefonisch abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt lagen zwei inhaltlich übereinstimmende Willenserklärungen vor, mit der Einigung auf einen Sonderrabatt von 8 % unter ansonsten unveränderten Bedingungen.

Anmerkung: § 147 BGB (Annahmefrist).

(1) Der einem Anwesenden gemachte Antrag kann nur sofort angenommen werden. Dies gilt auch von einem mittels Fernsprecher ... gemachten Antrag.

## 2.5

**Richtig sind Aussage 2. und 4.**

Es handelt sich um einen offenen Mangel, der bei einem zweiseitigen Handelskauf unverzüglich nach der Entdeckung gerügt (d. h. angezeigt) werden muss. Bereits beim Wareneingang ist die Ware auf offene Mängel zu kontrollieren.

Zu 1. Falsch. Es handelt sich um einen offenen Mangel (Siehe Beschreibung des Sachverhalts zur 2. Aufgabe: Es handelt sich um einen Kratzer auf einer Tischplatte).

Zu 3, 5. und 6. Falsch. Siehe Erläuterung zu Aussagen 2. und 4.

## 2.6

1. Die Gertrud Brandt KG gehört zu den umsatzstärksten Kunden und die Jana Loft KG ist an einer langfristigen Geschäftsbeziehung stark interessiert. Daher ist ein Telefongespräch mit einer unverzüglichen Entschuldigung sehr wichtig, um in einem persönlichen Gespräch die Verärgerung des Kunden abzuwenden. Das persönliche Gespräch ist ein wichtiges Mittel, um die Kundenzufriedenheit wiederherzustellen und das gegenseitige Vertrauen in die Geschäftsbeziehung zu stärken.
2. Es kann in diesem Gespräch geklärt werden, welche Vorstellungen der Kunde hinsichtlich der Mängelbeseitigung hat und ggf. ein Termin für eine Beseitigung des Schadens vereinbart werden.

u. Ä.

## 3. Aufgabe

### 3.1

**Richtig sind Aussage 1. und 6.**

**Aussage 1:** Bei Änderung der Gleitzeitregelung hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht (vgl. § 87 (2) BetrVG). Der Betriebsrat hat nach dem Betriebsverfassungsgesetz ein Recht auf Mitbestimmung bei der Entscheidung über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage. Das bedeutet, dass er auch ein Mitbestimmungsrecht bei den Gleitzeitregelungen des Betriebes hat.

**Aussage 6:** In Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern hat der Arbeitgeber gemäß § 99 BetrVG (Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen) die Zustimmung des Betriebsrats zu der geplanten Maßnahme (Einstellung von neuen Mitarbeitern) einzuholen.

- Zu 2. Falsch. Gemäß § 92 (2) BetrVG kann der Betriebsrat dem Arbeitgeber Vorschläge für die Einführung einer Personalplanung und ihre Durchführung machen. Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat umfassend über die Personalplanung zu unterrichten (vgl. § 92 (1)). Dies bedeutet aber keine Mitbestimmung des Betriebsrates.
- Zu 3. Falsch. Die Wahl der externen Personalbeschaffungsmaßnahmen obliegt dem Arbeitgeber. Der Betriebsrat kann über die Art der externen Personalbeschaffung nicht mitbestimmen. Er kann aber verlangen, dass Stellen auch innerbetrieblich ausgeschrieben werden.
- Zu 4. Falsch. Der Betriebsrat hat das Recht, über den künftigen Personalbedarf informiert zu werden. Er hat aber kein Mitbestimmungsrecht über die Anzahl der Neueinstellungen.
- Zu 5. Falsch. Der Betriebsrat kann nicht das Recht einfordern, an Bewerbungsgesprächen teilzunehmen. Gem. § 99 BetrVG kann er aber die Vorlage der Bewerbungsunterlagen verlangen und Auskunft über die geplante personelle Maßnahme verlangen.



## 3.2

## 3.2.1

	Lösungsweg	Anzahl
Aktueller Personalbedarf (ohne Auszubildende)	(1)	225
Aktueller Personalbestand (ohne Auszubildende)	(2)	225
Auszubildende	(3)	12
Mitarbeiter, die am Jahresende in den Ruhestand gehen	(4)	10
Auszubildende, die nach der Ausbildung im Juli das Unternehmen verlassen	(5)	2
Auszubildende, die nach der Ausbildung im Juli übernommen werden	(6)	2
Neueinstellung Auszubildender am 1. August	(7)	4
Geschätzte Abgänge durch Kündigungen (ohne Auszubildende)	(8)	6
Zugänge externe Neueinstellungen (ohne Auszubildende)	(9)	15
Voraussichtlicher Bestand am 31.12.2021 (ohne Auszubildende)	$(10) = (2) - (4) + (6) - (8) + (9)$	226
Auszubildende	$(11) = (3) - (5) - (6) + (7)$	12
Voraussichtlicher Bedarf am 31.12.2021	(12)	235
Überdeckung / Unterdeckung zum 31.12.2021 ○ ⊗	$(13) = (12) - (10)$	9

Lösungsweg:

Voraussichtlicher Bestand am 31.12.2021 (ohne Auszubildende):

Abgänge an Mitarbeitern:

10 (Ruhestand) + 6 geschätzte Kündigungen = 16

Zugänge an Mitarbeitern:

2 (Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung) + 15 (Neueinstellungen ohne Auszubildende) = 17

17 Zugängen stehen 16 Abgänge gegenüber: 1 Mitarbeiter per Saldo mehr

Voraussichtlicher Bestand am 31.12.2021 (ohne Auszubildende)

 $225 + 1 = 226$ 

Auszubildende:

Bestand	12
Abgang	4
Neueinstellung am 1. August	4
Auszubildende	12

Überdeckung/Unterdeckung zum 31.12.2021:

Voraussichtlicher Bedarf am 31.12.2021 (ohne Auszubildende)

Voraussichtlicher Bestand am 31.12.2021 (ohne Auszubildende)

Unterdeckung

235 Mitarbeiter

226 Mitarbeiter

9 Mitarbeiter

### 3.2.2

Eine Personalstatistik, aus der die Personalstruktur erkennbar ist, bietet eine wichtige Grundlage, um personelle Entscheidungen zu treffen. Es können Informationen über die Zusammensetzung der Belegschaft nach bestimmten Kriterien gewonnen werden, wie z. B. Alter, Geschlecht, Ausbildung, Tätigkeitsmerkmale usw.

Beispiele:

Anhand der Altersstruktur lässt sich erkennen, welche Arbeitnehmer in welchem Zeitraum in den Ruhestand gehen. Daraus lassen sich weitere Schüsse ziehen, z. B. hinsichtlich der Personalentwicklung jüngerer Mitarbeiter oder des Bedarfs an innerbetrieblichen Umstrukturierungen oder Neueinstellungen.

Anhand der Zahl der Auszubildenden und den Abschlüssen der beruflichen Ausbildung kann ermittelt werden, in welchen Betriebsbereichen der Fachkräftebedarf zukünftig gedeckt ist oder wo noch stärker in Berufsbildung investiert werden muss.

Herausragende Leistungen und Begabungen von Mitarbeitern können ermittelt werden und zu gezielter Förderung zukünftiger Führungskräfte führen.

Es lassen sich Informationen darüber gewinnen, in welchen Teilen der Belegschaft eine höhere Fluktuation herrscht und welche Teile besonders an das Unternehmen gebunden sind. Daraus können Maßnahmen abgeleitet werden, die zu einer höheren Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter führen.

U.a.m.

## 3.3

### 3.3.1

Weitere Beispiele der externen Personalbeschaffung:

- Recruiting auf Jobmessen
- Online-Jobbörsen, berufliche Netzwerke
- Plakatwerbung, z. B. auf und in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf Plakatwänden
- Personalberatungsunternehmen
- Referenzen von Mitarbeitern
- u. a. m.

### 3.3.2

Die Entscheidung für eine Maßnahme zur externen Personalbeschaffung hängt von der Zielgruppe ab, die als Bewerber angesprochen werden soll.

Beispiele:

Anmerkung: Es wurde in der Aufgabe nur **eine** Möglichkeit mit Begründung verlangt.

- Berufsanfänger, junge Fachkräfte:  
Werbung auf Plakaten in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf öffentlichen Plätzen, Recruiting auf Jobmessen, Jobbörsen etc.  
Begründung: Die Adressaten werden auf möglichst breiter Basis in der Öffentlichkeit angesprochen. Eine möglichst heterogene Zielgruppe kann zu Bewerbungen motiviert werden. Jobbörsen, die sich speziell an Berufsanfänger und junge Fachkräfte, Studienabsolventen usw. richten, sind ein effektives Mittel, diese Zielgruppen anzusprechen und sind preisgünstig.
- Führungskräfte, Spezialisten:  
Personalberater, Online-Jobbörsen, berufliche Netzwerke  
Begründung: Qualifizierte Führungskräfte und Fachkräfte nutzen oft die Dienstleistungen von Personalberatungsunternehmen und Jobbörsen sowie von beruflichen Netzwerken. Es können gezielt Bewerber mit Spezialkenntnissen ermittelt werden.
- Sachbearbeiter, mittleres Management  
Online-Jobbörsen, Zeitungsanzeigen, eigene Unternehmenswebsite, Agentur für Arbeit.  
Begründung: Es wird eine breite Adressatengruppe angesprochen. Die Bewerberansprache kann individuell an die Zielgruppe angepasst werden.
- U. a. m.

### 3.4

Vorteile eines Online-Bewerbungsverfahrens für das Unternehmen

Beispiele:

- Zeit- und kostensparende Organisation des Bewerbungsverfahrens:
  - einfache und datensichere Eingangsbestätigung an den Bewerber durch das System
  - keine zusätzliche Datenerfassung der Bewerberdaten in weiteren Dateien (zeit- und kostenaufwändige Erfassungen entfallen, die außerdem Fehlerquellen verursachen)
  - kostengünstige Kommunikationsmöglichkeit mit den Bewerbern (Brief- und Portokosten entfallen durch Online-Kommunikation)
- Neutrale, chancengerechte Entscheidungsfindung:
  - softwarebasierter Vergleich der Bewerberdaten kann für gleiche Bewertungskriterien für alle Bewerber sorgen
  - Auswertung der Daten ist zeitnah möglich
  - schnelle Rückmeldung an die Bewerber kann den weiteren Verlauf des Bewerbungsverfahrens positiv beeinflussen
  - Einbindung von Eignungstests in Bewerbermanagementsystemen bieten zusätzliche Entscheidungsmöglichkeiten
- u. a. m.

## 3.5

Reisende/-r: Anne Ohlsen Abteilung: Personal	Personal-Nr. 354761
Beginn der Reise: Ende der Reise:	07.04.2021 15:00 Uhr 09.04.2021 20:00 Uhr
Ziel der Reise: Grund der Reise: Bei Privatwagen: gefahrene Kilometer	Berlin Recruiting-Messe 630 km
<b>Verpflegungsmehraufwand Datum</b>	<b>Erstattungsbetrag €</b>
07.04.2021	14,00 €
08.04.2021	28,00 €
09.04.2021	14,00 €
<b>Kilometerpauschale</b>	<b>189,00 €</b>
<b>Belege</b>	
Hotelrechnung	196,00 €
<b>Abzüge</b>	<b>Betrag €</b>
Vorschuss	250,00 €
<b>Erstattungsbetrag</b>	<b>Betrag €</b>
	191,00 €

Lösungsweg:

Verpflegungsmehraufwand

07.04.2021 Anreisetag	14,00 €
08.04.2021 Voller Tag (24 Stunden abwesend)	28,00 €
09.04.2021 Abreisetag	14,00 €

Kilometerpauschale

0,30 € je Kilometer	
gefahrte Kilometer: 630	
$630 \cdot 0,30 \text{ €}$	189,00 €

Hotelrechnung:	205,00 €	
abzüglich Minibar		
(von Frau Ohlsen zu tragen)	<u>- 9,00 €</u>	<u>196,00 €</u>
Summe:		441,00 €
abzüglich Vorschuss		<u>250,00 €</u>
Erstattungsbetrag:		<u>191,00 €</u>

Der Tankbeleg in Höhe von 56,00 € ist durch die Kilometerpauschale abgegolten.

### 3.6

Vorteile, die sich für die Jana Loft KG ergeben könnten:

Beispiele:

- Die Arbeitnehmer entscheiden selbst über die Einteilung ihrer Arbeitszeit und können dadurch berufliche und private Belange besser in Einklang bringen. Die Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmer kann dadurch gesteigert werden, die Qualität der Arbeit kann sich verbessern. Das kann dem Unternehmensgewinn zugutekommen.
- Fehlzeiten, z. B. durch Arztbesuche oder andere private Termine verringern sich.
- Die Arbeitnehmer können dann arbeiten, wenn es die Aufgaben zeitlich erfordern. Eine zu geringe Auslastung, wie sie u. U. bei festen Arbeitszeiten auftreten kann, entfällt.
- Durch die Flexibilität sind die Mitarbeiter u. U. für Kunden in einem größeren Zeitrahmen erreichbar als bei einer festen Arbeitszeit. Das kann zu einer höheren Kundenzufriedenheit und einer Zunahme des Umsatzes führen.
- Das Image des Unternehmens als Arbeitgeber kann sich verbessern. Das ist insbesondere im Hinblick auf die Bindung und Anwerbung von Fachkräften von Vorteil.
- U. a. m. (Es waren lediglich 3 Vorteile in der Aufgabe verlangt.)

### 3.7

#### Richtig ist Aussage 4.

Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten des jeweiligen Unternehmens werden in Betriebsvereinbarungen getroffen. Diese müssen sich grundlegend nach den Rahmenbedingungen des Arbeitszeitgesetzes richten. Es ist sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern darauf zu achten, dass die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes eingehalten werden. Das gilt besonders im Hinblick auf die Höchstarbeitszeit, Ruhepausen, Ruhezeit und die Sonn- und Feiertagsruhe.

- Zu 1. Falsch. Das Bundesurlaubsgesetz regelt den gesetzlichen Anspruch von Urlaubstagen.
- Zu 2. Falsch. Das Arbeitszeitgesetz legt lediglich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die flexible Arbeitszeit fest. Es bildet die Grundlage für alle Vereinbarungen, die die Arbeitszeit betreffen.
- Zu 3. Falsch. Es liegt zwar im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dass im Arbeitsvertrag klare Regelungen für flexible Arbeitszeiten getroffen werden. Die für den gesamten Betrieb geltende Regelung zu flexiblen Arbeitszeiten wird jedoch in einer Betriebsvereinbarung festgelegt.
- Zu 5. Falsch. Das Betriebsverfassungsgesetz regelt die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates – auch in Angelegenheiten der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung. Die neue Regelung der flexiblen Arbeitszeit eines bestimmten Betriebes (hier die Jana Loft KG) wird jedoch in einer Betriebsvereinbarung festgelegt.

**3.8****Richtige Lösung: 45 Minuten**

Tägliche Arbeitszeit: 8 Stunden

Wochenarbeitszeit: 40 Stunden

	Kommen	Mittagspause	Gehen	Arbeitszeit in Std. und Minuten	Plus/Minus in Minuten
Montag	08:30 Uhr	12:30 bis 13:00 Uhr	17:00 Uhr	8 Std.	–
Dienstag	08:00 Uhr	12:30 bis 13:30 Uhr	18:00 Uhr	9 Std.	60 Min. Plus
Mittwoch	08:45 Uhr	12:30 bis 13:00 Uhr	16:45 Uhr	7,5 Std.	30 Min. Minus
Donnerstag	10:00 Uhr	13:00 bis 14:00 Uhr	19:00 Uhr	8 Std.	–
Freitag	07:30 Uhr	12:30 bis 13:15 Uhr	16:30 Uhr	8 Std. 15 Min.	15 Min. Plus

Am Ende der Woche: **45 Minuten Zeitguthaben**

Erläuterungen:

Montag:

08:30 Uhr bis 17:00 Uhr = 8,5 Stunden

abzüglich Mittagspause: 30 Minuten

Arbeitszeit: 8 Stunden

Ergebnis: Plus/Minus 0

Dienstag:

08:00 Uhr bis 18 Uhr = 10 Stunden

abzüglich Mittagspause: 1 Stunde

Arbeitszeit: 9 Stunden

Ergebnis: 60 Minuten Plus

Mittwoch:

08:45 Uhr bis 16:45 Uhr = 8 Stunden

abzüglich Mittagspause: 30 Minuten

Arbeitszeit: 7,5 Stunden

Ergebnis: 30 Minuten Minus

Donnerstag:

10:00 Uhr bis 19:00 Uhr = 9 Stunden

abzüglich Mittagspause: 1 Stunde

Arbeitszeit: 8 Stunden

Ergebnis: Plus/Minus 0

Freitag:

07:30 Uhr bis 16:30 Uhr = 9 Stunden

abzüglich Mittagspause: 45 Minuten

Arbeitszeit: 8 Stunden 15 Minuten

Ergebnis: Plus 15 Minuten

Zeitguthaben von Bastian Schubert:

60 Minuten – 30 Minuten + 15 Minuten = **45 Minuten**

### 3.9

#### Richtig ist Aussage 2.

Siehe untenstehende Tabelle:

Dienstag: Mittagspause von **30 Minuten** nach 4,5 Stunden Arbeitszeit **bei einer Arbeitszeit von insgesamt 9,5 Stunden**

Am **Dienstag** hat Herr Markus Schneider gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen. Er hat lediglich 30 Minuten Mittagspause gemacht bei einer Arbeitszeit von insgesamt mehr als neun Stunden. Die Arbeitsunterbrechung hätte 45 Minuten betragen müssen.

Tägliche Arbeitszeit: 8 Stunden; Wochenarbeitszeit: 40 Stunden

	Kommen	Mittagspause	Gehen	Bemerkungen
Montag	09:30 Uhr	12:30 bis 13:00 Uhr	18:00 Uhr	8 Stunden Arbeitszeit (abzgl. Mittagspause)
Dienstag	08:00 Uhr	12:30 bis 13:00 Uhr	18:00 Uhr	9,5 Stunden Arbeitszeit (abzüglich Mittagspause)
Mittwoch	07:45 Uhr	12:30 bis 13:00 Uhr	15:45 Uhr	7,5 Stunden Arbeitszeit (abzüglich Mittagspause)
Donnerstag	10:00 Uhr	13:00 bis 14:00 Uhr	18:00 Uhr	7 Stunden Arbeitszeit (abzüglich 1 Stunde Mittagspause)
Freitag	07:30 Uhr	12:30 bis 13:15 Uhr	16:15 Uhr	8 Stunden Arbeitszeit (abzüglich 45 Minuten Mittagspause)

An den übrigen Tagen wurden die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes beachtet:

Montag:

Mittagspause:

Ruhepause von 30 Minuten nach 3 Stunden Arbeitszeit. Gesamte Arbeitszeit: 8 Stunden.

Mittwoch:

Mittagspause:

Ruhepause von 30 Minuten nach 4 Stunden 45 Minuten Arbeitszeit. Gesamte Arbeitszeit: 7,5 Stunden.

Donnerstag:

Mittagspause:

Ruhepause von 1 Stunde nach 3 Stunden Arbeitszeit. Gesamte Arbeitszeit: 7 Stunden

Freitag:

Mittagspause:

Ruhepause von 45 Minuten nach einer Arbeitszeit von 5 Stunden. Gesamte Arbeitszeit: 8 Stunden.

### 3.10

#### Richtig ist Aussage 4.

Bei der Unfallversicherung übernimmt der Arbeitgeber 100 Prozent der Beiträge für die Sozialversicherung.

Zu 1., 2.

und 5: Falsch. Bei der Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge je zur Hälfte.

Zu 3. Falsch. Die Beiträge der Pflegeversicherung werden je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Kinderlose Versicherte, die das 23. Lebensjahr vollendet haben, zahlen einen Beitragszuschlag. Diesen trägt allein der Arbeitnehmer.

**3.11****Richtig ist Aussage 1.**

Ein Fahrtkostenzuschuss gehört nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen des Arbeitgebers. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung.

Zu 2., 3., 4. und 5: Falsch. Dies sind gesetzliche Leistungen des Arbeitgebers im Rahmen der Sozialversicherung.

**3.12****Richtig sind die Aussagen 5. und 6.**

Die Beiträge zur Pflegeversicherung und zur Arbeitslosenversicherung gehören zu den Sozialversicherungsabgaben. Diese werden an die Krankenkasse überwiesen.

Zu 1. und

2. Falsch. Lohn- und Kirchensteuer werden an die Finanzverwaltung überwiesen.

Zu 3. Falsch. Beiträge zur Berufsgenossenschaft werden an die zuständige Berufsgenossenschaft geleistet.

Zu 4. Falsch. Vermögenswirksame Leistungen werden auf das Konto des Arbeitnehmers überwiesen, das für diese Leistungen als Anlageform vorgesehen ist.

**4. Aufgabe****4.1**

Auszug aus dem unvollständigen Kalkulationsschema			
Bezeichnung	Prozentsatz	Werte in Euro	Berechnungshinweis
Selbstkosten je Druckertisch „Modell Tili“		150,00	
Gewinn	20 (v. H.)	30,00	(150,00 : 100 · 20)
Barverkaufspreis		180,00	
Kundenskonto	2 (i. H.)	3,67	(180,00 : 98 · 2)
Zielverkaufspreis		183,67	
Kundenrabatt	7 (i. H.)	13,82	(183,67 : 93 · 7)
Listenverkaufspreis		197,49	

**4.2**

Listenverkaufspreis

aller 210 Druckertische =  $199,00 \text{ €} \cdot 210$  = 41.790,00 €

Umsatzsteuer hiervon = 19 % aus 41.790,00 € = **7.940,10 €**

**4.3.1**

Bezeichnung	Werte in Euro
Erlöse	300.000,00
- Variable Kosten	224.000,00
= Deckungsbeitrag (gesamt)	76.000,00
- Fixkosten	78.750,00
= Gewinn/Verlust	- 2.750,00
○      ⊗	



### 4.3.2

Gewinnschwelle ist dann erreicht, wenn gilt:

$$\begin{aligned}
 \text{Erlöse} &= \text{Kosten} \\
 375,00 \cdot x &= 78.750,00 + 280,00 \cdot x \\
 375,00 \cdot x - 280,00 \cdot x &= 78.750,00 \\
 95,00 \cdot x &= 78.750,00 \\
 x &= 828,95 \approx 829 \text{ Stück}
 \end{aligned}$$

Bis zum Erreichen der Gewinnschwelle fehlen also  $829 - 800 = 29 \text{ Stück}$

### 4.3.3

- Mit dem Auftrag der Firma Möblix GmbH wird pro Stück ein Deckungsbeitrag von  $375,00 - 280,00 = 95,00 \text{ EUR}$  erzielt. Dieser Deckungsbeitrag trägt dazu bei, einen Teil der Fixkosten zu decken.
- Dieser Kunde soll gehalten werden mit der Perspektive auf Folgeaufträge zu besseren Konditionen.

### 4.4

**Richtig ist Aussage 1.**

Abschreibung, Müllgebühren und Miete sind ausschließlich Gemeinkosten.

Zu 2. Falsch. Der Bezugspreis für die Schlösser der Schreibtischfächer gehört zu den Kostenträgereinzelkosten.

Zu 3. Falsch. Für die variablen Kosten für die Arbeitsplatten der Schreibtische gilt dasselbe.

Zu 4. Falsch. Kosten für eine Werbeanzeige für genau diesen Schreibtisch in einer Fachzeitschrift sind Sondereinzelkosten des Vertriebs.

Zu 5. Falsch. Siehe Antworten zu 2 und 3

## 5. Aufgabe

### 5.1

<b>6870</b>	Werbung	166,30 EUR	
<b>2600</b>	Vorsteuer	31,60 EUR	
an <b>4499</b>	Sonstige Lieferanten und Dienstleister		197,90 EUR

Die Flyer werden zu Werbezwecken genutzt, daher aufwandsrechnerische Soll-Buchung auf dem Aufwandskonto Werbung. Die Vorsteuer auf Eingangsrechnungen stellt eine Forderung gegenüber dem Finanzamt dar. Daher Erfassung auf dem Forderungskonto 2600 Vorsteuer. Für die Hamburger Verlagsgesellschaft mbH ist kein Personenkonto vorgesehen, daher Habenbuchung auf dem Sammelkonto 4499 Sonstige Lieferanten und Dienstleister.

### 5.2

<b>6800</b>	Büromaterial	37,39 EUR	
<b>2600</b>	Vorsteuer	7,11 EUR	
an <b>2880</b>	Kasse		44,50 EUR

Die Stehordner werden aufwandsrechnerisch auf dem Konto Büromaterial im Soll erfasst. Die Barzahlung vermindert den Kassenbestand, daher dort die Habenbuchung.

## 5.3

<b>6140</b>	Ausgangsfrachten	340,00 EUR	
<b>2600</b>	Vorsteuer	64,60 EUR	
an <b>4407</b>	Blitz-Spedition GmbH		404,60 EUR

Warenschulden sind im Zweifel Holschulden. Liefern wir dagegen frei Haus, dann bedeutet dies für uns einen Aufwand, der auf dem Konto 6140 Ausgangsfrachten erfasst wird. Zum Zeitpunkt der Buchung liegt eine Verbindlichkeit vor, daher die Habenbuchung auf dem Personenkonto 4407 Blitz-Spedition GmbH.

## 5.4

<b>2409</b>	Bleibtreu GmbH	16.172,10 EUR	
an <b>5100</b>	Umsatzerlöse		13.590,00 EUR
<b>4800</b>	Umsatzsteuer		2.582,10 EUR

Durch den Verkauf der Aktenvernichter entsteht eine Forderung gegenüber der Firma Bleibtreu GmbH. Die Sollbuchung erfolgt als Forderung auf dem Personenkonto 2409 Bleibtreu GmbH. Die Umsatzerlöse werden erfasst auf dem Konto 5100 Umsatzerlöse. Die Umsatzsteuer auf Ausgangsrechnungen stellt eine Verbindlichkeit des Unternehmens gegenüber dem Finanzamt dar, daher die Erfassung auf dem Schuldkonto 4800 Umsatzsteuer.

## 5.5

Die Bleibtreu GmbH führt vor der Überweisung folgende Rechnung durch:

Rechnungsbetrag	16.172,10 EUR	→ Korrektur Erlöse	<b>407,70 EUR</b>
- 3 % Skonto	485,16 EUR	→ Korrektur der Umsatzsteuer	77,46 EUR
Überweisungsbetrag	15.686,94 EUR		

Der Skontoabzug in Höhe von 485,16 EUR stellt eine nachträgliche Preisminderung dar, die eine Korrektur der ursprünglich gebuchten Erlöse (407,70 EUR) und der Umsatzsteuer (77,46 EUR) nach sich zieht.

## 5.6

<b>2800</b>	Hamburger Sparkasse	15.686,94 EUR	
<b>4800</b>	Umsatzsteuer	77,46 EUR	
<b>5101</b>	Erlösberichtigung	407,70 EUR	
an <b>2409</b>	Bleibtreu GmbH		16.172,10 EUR

Der Zahlungseingang wird dem Konto der Sparkasse gutgeschrieben. Damit erhöht sich der Kontostand (Sollbuchung). Umsatzsteuer und Erlöse aus Aufgabe 5.4 sind aufgrund des Skontoabzugs zu korrigieren. Die ursprüngliche Forderung gegenüber der Firma Bleibtreu GmbH ist damit ausgeglichen (Habenbuchung).

## 5.7

Geschäftsfall	Auswirkungen auf die Zahllast
Zu Beleg 3	In Nr. 5.3 wurde umsatzsteuerlich im Soll gebucht. Diese Forderung an das Finanzamt verringert die Zahllast.
Zu Beleg 4	Die Umsatzsteuer stellt eine Verbindlichkeit an das Finanzamt dar. Dadurch steigt die Zahllast.
Zahlungseingang von der Bleibtreu GmbH auf dem Konto der Jana Loft KG	Siehe Erläuterungen zu Aufgabe 5.5. Die Umsatzsteuerschuld und damit die Zahllast an das Finanzamt wird dadurch verringert.

**5.8**

S	2600 Vorsteuer	H
	34.972,80	6.627,50
	<b>USt.</b>	<b>28.345,30</b>
	34.972,80	34.972,80

S	4800 Umsatzsteuer	H
	12.536,20	75.943,60
<b>VorSt.</b>	<b>28.345,30</b>	
<b>Zahllast</b>	<b>35.062,10</b>	
	75.943,60	75.943,60

**5.9**

4800 Umsatzsteuer 35.062,10 EUR  
 an 2800 Hamburger Sparkasse 35.062,10 EUR

**5.10**

Die Umsatzsteuer beeinflusst den Erfolg der Jana Loft KG nicht, da diese nicht den Umsatzerlösen zugerechnet wird. Vielmehr wird sie an das Finanzamt abgeführt.

## 1. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 2.

Es handelt sich um eine ökologische Maßnahme. Energiesparlampen dienen dem Ziel, den Stromverbrauch zu senken und damit Ressourcen zu schonen.

Zu 1., 3., und

5. Falsch. Diese Maßnahmen dienen ökonomischen Zielsetzungen.

Zu 4. Falsch. Hier handelt es sich um eine soziale Maßnahme (Ziel ist die Gesundheit der Mitarbeiter zu fördern).

## 2. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 5.

Hier handelt es sich um einen Zielkonflikt zwischen sozialen und ökonomischen Unternehmenszielen.

Die Chancengleichheit von Frauen und Männern mit und ohne Kinder sicherzustellen, ist ein soziales Unternehmensziel. Die Kosteneinsparung durch Schließung des Betriebskindergartens dient der ökonomischen Zielsetzung. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern mit und ohne Kinder wird im Betrieb gefährdet, wenn die Kinderbetreuung für berufstätige Frauen und Männer mit Kindern nicht sichergestellt werden kann, weil der Betriebskindergarten geschlossen wurde. Das Verfolgen des ökonomischen Ziels gefährdet die Realisierung des sozialen Ziels.

Zu 1. Falsch. Kein Zielkonflikt. Die Reduzierung des Verpackungsmaterials dient sowohl ökonomischen als auch ökologischen Zielsetzungen. Die ökologische Zielsetzung verbessert gleichzeitig das Unternehmensimage.

Zu 2. Falsch. Kein Zielkonflikt. Eine Umsatzsteigerung und Erweiterung des Marktanteils dienen ökonomischen Zielen.

Zu 3. Falsch. Kein Zielkonflikt. Eine Verkürzung der Rüstzeiten der Maschinen dient der Reduktion der Kosten im Produktionsbereich. Damit werden ökonomische Ziele verfolgt.

Zu 4. Falsch. Kein Zielkonflikt. Eine Reduzierung der Lärmbelastigung in der Produktion ist im Sinne der Gesundheitsförderung der Mitarbeiter. Es wird die Realisierung sozialer Ziele unterstützt.

### 3. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 4.**

Hier handelt es sich um das Minimalprinzip.

Rationales wirtschaftliches Handeln muss einem ökonomischen Grundsatz folgen, weil Güter knapp sind. Bei diesem ökonomischen Prinzip unterscheidet man zwei Möglichkeiten:

#### **Minimalprinzip**

Wenn mit dem geringsten Einsatz von Mitteln ein festgelegtes Ziel verfolgt wird, handelt es sich um das Minimalprinzip. Das Ziel ist festgelegt, die Mittel sind variabel.

#### **Maximalprinzip**

Wenn mit gegebenen Mitteln ein möglichst großer Nutzen verfolgt wird, spricht man von Maximalprinzip. Die Mittel sind festgelegt, das Ziel ist variabel.

Bei **Aussage 4.** ist das Ziel festgelegt: ein Marktanteil von 10 %. Die Mittel sind variabel (d. h. sie sollen möglichst geringgehalten werden). Es handelt sich hier also um das ökonomische Prinzip als **Minimalprinzip**.

- Zu 1. Falsch. Mit feststehenden Mitteln soll eine maximale Zahl an Kunden erreicht werden. Dies entspricht dem Maximalprinzip.
- Zu 2. Falsch. Das Mittel ist festgelegt (eine bestimmte Produktionsmenge), das Ziel ist variabel: Aufwand und Umsatz sollen minimiert werden. Diese Definition entspricht weder dem Minimal- noch dem Maximalprinzip.
- Zu 3. Falsch. Das Mittel ist festgelegt (das Produktionsverfahren), das Ziel ist ebenfalls festgelegt: die Produktions- und Absatzsteigerung einer bestimmten Menge an 10 Konferenztischen. Dies entspricht weder dem Minimal- noch dem Maximalprinzip.
- Zu 5. Falsch. Die Mittel sind variabel (möglichst geringe Zahl an Mitarbeitern), das Ziel ist ebenfalls variabel (möglichst hoher Umsatz). Dies entspricht weder dem Minimal- noch dem Maximalprinzip.

### 4. Aufgabe

**Richtig sind die Aussagen 1 und 4.**

Bei der Finanzierung und Wahl der Unternehmensform sind die Kriterien Mindestkapital und Haftung entscheidend.

#### **Beispiel KG (Gesellschaftsform der Jana Loft KG):**

Mindestkapital: Nicht gesetzlich vorgeschrieben, Höhe der Einlagen wird im Gesellschaftsvertrag festgelegt

Haftung: Der Kommanditist haftet lediglich mit dem eingebrachten Gesellschaftsvermögen, der Komplementär mit seinem vollen (auch privaten) Vermögen.

- Zu 2., 3. und 5. Falsch. Diese Merkmale sind von wirtschaftlicher Bedeutung. Auf die Entscheidung für die Rechtsform haben sie keinen Einfluss.
- Zu 6. Falsch. Personalfragen sind unabhängig von der Wahl der Unternehmensform.

## 5. Aufgabe

### Richtig ist die Aussage 5.

Die Kommanditgesellschaft ist eine Personengesellschaft, bei der es möglich ist, zusätzliche Kommanditisten aufzunehmen, die nur mit ihrer Einlage haften (siehe auch Erläuterungen zu Aufgabe 4.).

- Zu 1. Falsch. Bei der OHG (einer Personengesellschaft) haften die Gesellschafter als Gesamtschuldner persönlich (vgl. HGB § 128).
- Zu 2. Falsch. Der Einzelunternehmer haftet mit seinem gesamten Geschäfts- und Privatvermögen.
- Zu 3. Falsch. Die AG ist eine Kapitalgesellschaft. Sie haftet mit ihrem Gesellschaftsvermögen, das in Aktien aufgeteilt ist. Durch zusätzliche Ausgabe von Aktien ist es möglich, Kapitalgeber aufzunehmen. Die Jana Loft KG möchte aber eine Personengesellschaft gründen.
- Zu 4. Falsch. Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft. Sie haftet den Gläubigern gegenüber mit ihrem Gesellschaftsvermögen.

## 6. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 3.

Die Kommanditgesellschaft ist eine Personengesellschaft bestehend aus mindestens einem Vollhafter (Komplementär) und mindestens einem Teilhafter (Kommanditist). Der Kommanditist haftet lediglich mit dem eingebrachten Gesellschaftsvermögen, der Komplementär mit seinem vollen (auch privaten) Vermögen.

- Zu 1. Falsch. Kommanditisten sind zur Geschäftsführung nicht berechtigt, aber auch nicht verpflichtet.
- Zu 2. Falsch. Siehe Erläuterung zu 3.
- Zu 4. Falsch. Sofern im Gesellschaftsvertrag nichts anderes geregelt wurde, richtet sich die Gewinnverteilung nach dem HGB. Danach bekommt jeder Gesellschafter 4 % vom Jahresgewinn auf seinen Kapitalanteil (soweit der Gewinn das zulässt), der Rest wird in „angemessenem Verhältnis“ (z. B. nach Kapitalanteil) verteilt.
- Zu 5. Falsch. Siehe Erläuterung zur 3.

## 7. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 3.

Selbstfinanzierung ist die Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem einbehaltenen Gewinn des Unternehmens.

- Zu 1: Falsch. Die Einzahlung der erforderlichen Summe aus dem Privatvermögen der Gesellschafter auf das Geschäftskonto der Jana Loft KG bezeichnet man als **Beteiligungsfinanzierung (Außenfinanzierung)**.
- Zu 2: Falsch. Die Aufnahme eines Kredites bezeichnet man als **Fremdfinanzierung (Außenfinanzierung)**.
- Zu 4: Falsch. Werden Einlagen von neu in die Gesellschaft aufgenommenen Gesellschaftern erbracht, so bezeichnet man dies als **Beteiligungsfinanzierung (Einlagenfinanzierung, Außenfinanzierung)**.
- Zu 5: Falsch. Rückerstattung der Vorsteuer durch das Finanzamt ist keine Selbstfinanzierung, siehe Nr. 3.

## 8. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 4.**

Leasing bedeutet das Mieten bzw. Pachten von Anlagegütern gegen Zahlung eines Miet- bzw. Pachtzinses (Leasingrate). Dadurch wird dem Unternehmen weniger Liquidität entzogen als beim Barkauf. Anders ausgedrückt: Beim Barkauf sinkt die Liquidität stärker als beim Leasing.

- Zu 1: Falsch. Leasing bedeutet Mieten. Der Leasingnehmer wird nur Besitzer, die Leasinggesellschaft bleibt Eigentümer. Der Leasinggegenstand ist daher bei der Leasinggesellschaft aktiviert. Diese nimmt die Abschreibung vor.
- Zu 2: Falsch. Der Leasinggegenstand gehört zum Anlagevermögen der Leasinggesellschaft. Das Anlagevermögen des Leasingnehmers wird nicht verändert.
- Zu 3: Falsch. Siehe Erläuterungen zu Nr. 1 und 2
- Zu 5: Falsch. Siehe Erläuterungen zu Nr. 1

## 9. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 2.**

Beim Factoring kauft der Factor Forderungen der Jana Loft KG, die aus Sach- und Dienstleistungen stammen, gegen ein entsprechendes Entgelt und übernimmt das volle Kreditrisiko. Die Forderungsübernahme durch eine Factoring-Gesellschaft kann zum Vertrauensverlust führen. Begründung:

- U. U. schematischer oder gar rigoroser Forderungseinzug verärgert die Kunden.
- Der Verkauf der Forderungen könnte auch als Indiz für knappe Liquidität der Jana Loft KG gedeutet werden.

Zu 1, 3, 4 und 5: Falsch. Alle Aussagen sind richtig und bedeuten keinen Nachteil des Factoring.

## 10. Aufgabe

Bei einem Einführungspreis von 400,00 EUR werden 1.800 Stück abgesetzt. Daraus ermittelt sich ein Umsatz von  $400,00 \text{ EUR} \cdot 1.800 \text{ Stück} = 720.000,00 \text{ EUR}$ .

## 11. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 4.**

Die angebotene Menge (2.000 Stück) ist größer als die nachgefragte Menge (1.400 Stück). Ändert sich das Nachfrageverhalten nicht, dann produziert die Jana Loft KG 600 Stück auf Halde. Es liegt ein Angebotsüberhang vor. Der Markt wird nicht geräumt.

- Zu 1: Falsch. Die Begründung für das Vorliegen des Gleichgewichtspreises ist Falsch. Dieser hat zunächst nichts mit den Kosten zu tun. Er liegt vor, wenn die nachgefragte Menge gleich hoch ist wie die angebotene. Der Gleichgewichtspreis räumt den Markt.
- Zu 2: Falsch. Ein vollkommener Markt liegt vor, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, z. B.:
- Es handelt sich um vollkommen gleichartige (homogene) Güter.
  - Angebot und Nachfrage treffen sich an einem bestimmten Ort.
  - Anbieter und Nachfrager haben vollständige Marktübersicht (Markttransparenz).
  - Anbieter und Nachfrager können sofort auf Änderungen der Marktsituation reagieren.
  - Käufer und Verkäufer haben keine Präferenzen zeitlicher, räumlicher oder sachlicher Art.
- Nur damit kann ein Gleichgewichtspreis entstehen. Eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage und damit ein Gleichgewichtspreis setzt den vollkommenen Markt voraus und nicht umgekehrt.
- Zu 3: Falsch. Ein Nachfrageüberhang läge vor, wenn die nachgefragte Menge größer ist als die angebotene. Zum anderen ist dies lt. Aufgabenstellung nicht gegeben.
- Zu 5: Falsch. Die Begründung für das Vorliegen des Gleichgewichtspreises ist Falsch. Siehe Nr. 1

## 12. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 3.**

Ein Angebotsoligopol liegt vor, wenn wenige Anbieter und viele Nachfrager vorhanden sind.

Zu 1: Falsch. Ein Angebotsmonopol ist gegeben, wenn ein Anbieter und viele Nachfrager vorhanden sind.

Zu 2: Falsch. Ein Nachfragemonopol ist gegeben, wenn viele Anbieter und nur ein Nachfrager vorhanden sind.

Zu 4: Falsch. Ein Nachfrageoligopol ist gegeben, wenn viele Anbieter und nur wenige Nachfrager vorhanden sind.

Zu 5: Falsch. Ein Polypol ist gegeben, wenn viele Nachfrager und viele Anbieter vorhanden sind.

## 13. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 5.**

Wenn die Gasdruck-Feder alle 2 Jahre ausgewechselt werden muss, kann von ökologischer Nachhaltigkeit nicht gesprochen werden.

Alle anderen Aussagen berücksichtigen den Gedanken ökologischer Nachhaltigkeit.

## 14. Aufgabe

**Richtige Reihenfolge der Lösungsziffern: 1 – 3 – 2**

## 15. Aufgabe

**Richtige Reihenfolge der Lösungsziffern: 3 – 2 – 4 – 1**

## 16. Aufgabe

**Richtige Reihenfolge der Lösungsziffern: 1 – 2 – 2 – 2 – 1**

## 17. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 1.**

Das Bruttoinlandsprodukt spiegelt die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes wider. Sinkt es real, dann weist es auf eine beginnende Rezession hin.

Alle anderen Sachverhalte weisen auf eine positive konjunkturelle Situation hin.

## 18. Aufgabe

**Richtig ist die Aussage 5.**

Die Zerlegung der Gesamtaufgabe in Teilaufgaben (Aufgabenanalyse) ist auf jeden Fall der erste Schritt im Rahmen einer Neuorganisation.

Alle anderen Arbeitsschritte sind nachrangig.



## 19. Aufgabe

**Richtig ist die Aussage 3.**

Bei der Teamarbeit finden sich häufig Mitarbeiter unterschiedlicher Kompetenzen und Sichtweisen innerhalb einer Gruppe. Gute Teamführung und die Berücksichtigung von Spielregeln vorausgesetzt, führt dies zu einer höheren Gruppenleistung.

Alle anderen Aussagen treffen nicht zu.

## 20. Aufgabe

**Richtig ist das Symbol 5.**

Die Prüfung der Lieferfähigkeit führt entweder zum Ergebnis, dass die Lieferung möglich ist oder dass die Lieferung nicht möglich ist (exklusives ODER). Mit dem Eintritt des einen Ereignisses, ist die Möglichkeit des anderen Ereignisses ausgeschlossen.

- Zu 1: Falsch. Die Notationsregeln für Geschäftsprozesse legen fest, dass keine zwei Funktionen unmittelbar aufeinander folgen können.
- Zu 2: Falsch. Dasselbe gilt für Ereignisse.
- Zu 3: Falsch. Das würde bedeuten, dass beide Ereignisse (Lieferung möglich und Lieferung nicht möglich) zugleich eintreten.
- Zu 4: Falsch. Das einfache ODER lässt das eine, das andere aber auch beides zu (Ware wird zu spät ODER mangelhaft geliefert.). Beides zugleich (Lieferung ist möglich, Lieferung ist nicht möglich) kann aber hier nicht eintreffen.

## 21. Aufgabe

**Die Lösung lautet: 10 Werktage**

Frau Grandjean ist zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 16 Jahre alt gewesen. Daher stehen ihr gemäß dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) § 19 (2) für ein gesamtes Kalenderjahr 30 Werktage Urlaub zu. Frau Grandjean hat erst am 1. September 2021 mit ihrer Ausbildung begonnen, daher hat sie lediglich einen anteiligen Urlaubsanspruch für vier Monate (von September bis Dezember).

$$30 : 12 = 2,5 \text{ Tage Urlaubsanspruch pro Monat}$$
$$2,5 \cdot 4 = 10 \text{ Tage Urlaubsanspruch für vier Monate}$$

## 22. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 4.**

Das Jugendarbeitsschutzgesetz gilt für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Siehe Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) § 1 (1) „Dieses Gesetz gilt in der Bundesrepublik Deutschland und in der ausschließlichen Wirtschaftszone für die Beschäftigung von Personen, die noch nicht 18 Jahre alt sind...“

Zu 1., 2., 3. und 5. Falsch. Diese Aussagen treffen nicht zu.

## 23. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 5.**

Diese Voraussetzung muss nicht erfüllt werden. Der Ausbildungsvertrag muss nicht der Agentur für Arbeit gemeldet werden.

Zu 1., 2., 3. und 4. Falsch. Dies sind Voraussetzungen, die gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) § 10 ff erfüllt werden müssen.

## 24. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 3.

Diese Klausel widerspricht dem BBiG und darf nicht in der Vertragsniederschrift enthalten sein.

Die Pflichten des Auszubildenden werden im Berufsbildungsgesetz (BBiG) § 13 dargelegt. Diese umfassen z. B.

„ ... 4. die für die Ausbildungsstätte geltende Ordnung zu beachten,

5. Werkzeug, Maschinen und sonstige Einrichtungen pfleglich zu behandeln ...“

Bei grober Fahrlässigkeit können auch Auszubildende zu Schadensersatz nach § 823 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) herangezogen werden: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“

Zu 1., 2., 4. und 5. Falsch. Dies entspricht den Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) § 13.

## 25. Aufgabe

### Die Lösung lautet: 19:30 Uhr

Gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz § 13 darf Frau Grandjean nach Beendigung ihrer täglichen Arbeitszeit erst nach einer ununterbrochenen Freizeit von mindestens 12 Stunden wieder beschäftigt werden.

Der Berufsschulunterricht am nächsten Tag gilt als Arbeitszeit. Der Beginn ist um 07:30 Uhr. Davor müssen 12 Stunden Freizeit liegen. Die Beendigung der Arbeitszeit am Vortag liegt also bei 19:30 Uhr.

## 26. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 1.

Jan Petersen hätte für eine wirksame Kündigung einen Grund angeben müssen. Zum Zeitpunkt seines Entschlusses das Arbeitsverhältnis zu kündigen hat er bereits die Probezeit überschritten. Eine Kündigung ist nach der Probezeit gemäß BBiG § 22 (2) nur möglich:

- „1. aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist
2. von Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen, wenn sie die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen wollen.“

„Die Kündigung muss schriftlich und in den Fällen des Absatzes 2 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.“ (BBiG § 22 (3))

Zu 2., 3., 4. und 5. Falsch. Diese Begründungen treffen nicht zu, siehe Erläuterung zu Aussage 1.

## 27. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 4.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde überwacht die Arbeitsschutzvorschriften.

Zu 1., 2., 3. und 5. Falsch. Nur Aussage 4 ist richtig.

## 28. Aufgabe

### Richtig ist Aussage 4.

Die Arbeitsstättenverordnung bildet die Rechtsgrundlage für das Einrichten eines ergonomischen Arbeitsplatzes zum Schutze vor Gesundheitsgefahren.

Zu 1., 2., 3. Und 5. Falsch. Nur Aussage 4 ist richtig.

## 29. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 5.**

Falls nach einem Arbeitsunfall eine Berufsunfähigkeit eintreten sollte, trägt die zuständige Berufsgenossenschaft die Kosten der Umschulung für einen Berufswechsel.

Zu 1., 2., 3., und 4. Falsch. Da es sich um die Folge eines Arbeitsunfalls handelt, ist die Berufsgenossenschaft der zuständige Träger für die Kosten der Umschulung.

## 30. Aufgabe

**Richtig ist Aussage 4.**

Das Gefahrensymbol bezeichnet umweltgefährdende Stoffe.

Zu 1., 2., 3. und 5. Falsch. Für diese Gefahren werden andere Symbole verwendet.